
Die direkte Investitionsförderung in Österreich 1948 bis 1976

Erich Haas, Hans Wehsely

Der relative Rückgang der Industrieinvestitionen, internationale Überkapazitäten in einigen Sektoren der Industrie, Arbeitsmarktp Probleme im Gefolge neuer Technologien, Probleme der Umweltverschmutzung und ein allgemein erwarteter tendenzieller Rückgang der mittelfristigen Wachstumsraten der Industrieproduktion haben die Diskussion über die Möglichkeit einer raschen strukturellen Anpassung der österreichischen Wirtschaft an die neuen Gegebenheiten verstärkt. Im Mittelpunkt der Kritik steht das Instrumentarium der indirekten Investitionsförderung, insbesondere die Frage, ob es von seiner Konstruktion her überhaupt eine strukturelle Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen begünstigen kann.

Mittlerweile konnte gezeigt werden, daß der hohe Selbstfinanzierungsgrad der Unternehmen, der gerade auf den Einsatz solcher Instrumente wie die vorzeitige Abschreibung zurückzuführen ist, keineswegs als Motor einer weiteren dynamischen Entwicklung der Industrie betrachtet werden kann¹. Ganz abgesehen davon, daß die steuerliche Begünstigung vom Ertrag des Unternehmens abhängt und daher jene Betriebe automatisch von der Förderung ausschließt, die unter dem »notwendigen« Ertragsniveau liegen, besteht in den Unternehmen, die unter dem »Investitionszwang« der steuerlichen Begünstigung stehen, auch keineswegs die Gewähr, daß ihre Investitionen tatsächlich den künftigen Anforderungen entsprechen.

Neben der indirekten Förderung steht der Industrie noch eine Vielzahl von direkten Instrumenten zur Verfügung. Über diese Instrumente gibt es bisher keine Untersuchung bezüglich Umfang, Förderpraxis und Wirksamkeit, ihre Tätigkeit ist vielmehr nur aus miteinander kaum vergleichbaren Jahresberichten zu ersehen.

In einer Periode, in der sogar in marktwirtschaftlich orientierten Staaten wie der BRD Investitionslenkung und Sozialisierung (etwa zum Aufbau einer staatlich kontrollierten Erdölindustrie) verstärkt diskutiert und

als mögliche Instrumente zur Bewältigung der Beschäftigungs- und Innovationsproblematik bei knappen Ressourcen anerkannt werden, muß auch in Österreich die Frage nach dem — zu verbessernden — Einsatz der vorhandenen Instrumente gestellt werden. Darüber hinaus legen auch die bei der Begutachtung des Garantiefondsgesetzes 1977 geäußerten Bedenken der Unternehmensinteressenvertretungen, daß manche Instrumente »letzte« marktwirtschaftliche Elemente über Bord werfen und »kalte« Sozialisierung bedeuten, eine Neubewertung der bisherigen Praxis direkter Förderung von Investitionen nahe.

Da von der These ausgegangen wird, daß die Gründung der einzelnen Instrumente jeweils eine Reaktion der Wirtschaftspolitik auf spezifische Probleme der österreichischen Industrie war, soll zuerst kurz die industrielle Entwicklung seit Anfang der fünfziger Jahre dargestellt werden. Insbesondere soll die Veränderung der Branchenstruktur und die Entwicklung der Investitionen der einzelnen Branchen vor dem Hintergrund sich rasch ändernder binnen- und weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen dargestellt werden. Es wird dann die Frage untersucht, welche Zielsetzungen die Fonds beziehungsweise die sonstigen direkten Förderinstrumente hatten, und ob sie in den Jahren ihres Bestehens ihren eigenen Zielsetzungen gefolgt sind. Schließlich soll versucht werden, die Instrumente zu aggregieren, das heißt zu untersuchen, ob die Instrumente in einem sinnvollen Gesamtrahmen stehen oder ob Übereinstimmungen in den Zielsetzungen eher zufällig beziehungsweise nicht allzu häufig sind.

Die Entwicklung der österreichischen Industrie seit 1950

Die Entwicklung der österreichischen Industrie nach 1950 kann in vier Phasen eingeteilt werden: Auf die Rekonstruktion der Grundstoffindustrien gegen Ende der vierziger Jahre folgte eine relativ lange Wiederaufbauperiode mit hohen Wachstumsraten, die gegen Ende der fünfziger Jahre von einer mehrjährigen Phase geringen wirtschaftlichen Wachstums abgelöst wurde. 1967 trat die österreichische Industrie (und Wirtschaft) in einen neuen Aufschwung ein, der ohne Unterbrechung bis 1974 andauerte. Auf die Rezession 1975 folgt jetzt ein Aufschwung, der in bezug auf Dauer und Stärke sowie im Hinblick auf die Richtung der technologischen Entwicklung große Unsicherheiten aufweist.

Die Investitionen der Industrie sind zwischen 1950 und 1974 nominell von 2,5 Milliarden Schilling auf 25 Milliarden Schilling (siehe auch Tabelle 6) gestiegen. Ein erstes rasches Wachstum der Investitionen zwischen 1950 und 1952 (um 26 beziehungsweise 40 Prozent) wurde mit der Schillingstabilisierung unterbrochen. Erst 1956 erreichten die Investitionen real die Werte von 1952, als eine neue Hochkonjunktur, die erst 1961 zu Ende ging, begann. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stieg der Index der Industrieproduktion um durchschnittlich 5,7 Prozent im Jahr, und auch die Investitionen der Industrie stiegen bis 1961 rasch an. Nach 1961 jedoch sanken die Zuwachsraten sowohl der Industrieproduktion als auch die der Investitionen stark ab (Tabelle 1). Dieser Wachstumsrückgang wird heute allgemein als Anpassungsprozeß der österreichischen Wirtschaft an ge-

änderte binnen- und weltwirtschaftliche Gegebenheiten bezeichnet²: Gegen Ende der fünfziger Jahre war die eigentliche Wiederaufbauperiode abgeschlossen, die österreichische Wirtschaft mußte sich auf reine Friedenswirtschaft umstellen.

Diese Anpassung war aus mehreren Gründen schwierig. Gerade in jenen Sektoren, in denen nun weltweit Überkapazitäten zu verzeichnen waren, war der Kapitalstock stark ausgeweitet worden. So machten etwa Holz, Papier sowie Eisen und Stahl 1955 etwa 46 Prozent der österreichischen Exporte aus, fünf Jahre später immer noch 37 Prozent. Da die Exportquoten dieser Industrien wesentlich höher lagen als in den meisten anderen Branchen, wurde Österreich vom internationalen Nachfragerückgang bei diesen Produkten besonders empfindlich getroffen. Das Wachstum der Industrie verlangsamte sich dramatisch. Die Sektoren Holz, Papier sowie Eisen und Stahl, die zwischen 1955 und 1960 noch um 7,3 Prozent jährlich gewachsen waren, hatten nun nur noch Produktionszunahmen von 1,2 Prozent pro Jahr. Auch die meisten anderen Industriebranchen konnten den geänderten internationalen Nachfragebedingungen nicht sofort Rechnung tragen, zumal die bisherige Produktion, den Erfordernissen einer Wiederaufbauwirtschaft entsprechend, nur ein mäßiges technologisches Niveau aufweisen konnte, dem im übrigen international gesehen ausgesprochen niedrige Forschungsausgaben entsprachen.

Das Ende der Wiederaufbauperiode war jedoch nicht nur durch das Ende der Preishausse bei Rohwaren und Grundstoffen infolge von Überkapazitäten und durch eine Verschiebung der Nachfrage zu Konsumgütern gekennzeichnet. Auch die Verschärfung der internationalen Konkurrenz als Ergebnis des Abbaus der Handelsschranken und — als Folge der erreichten Vollbeschäftigung — die Verknappung der Arbeitskräfte trugen zur Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei.

Diese neuen Rahmenbedingungen erforderten eine weitgehende Umstellung der österreichischen Produktionsstruktur. Im wesentlichen handelte es sich bei diesem Anpassungsprozeß um die »Gewöhnung der Wirtschaft an niedrigere Gewinnspannen und Kapitalrenditen«³. Investitionen waren riskanter und weniger ertragreich geworden.

Die Verlangsamung des Wachstumstempos betraf jedoch nicht alle Branchen. Vor allem einige Konsumgüterindustrien, wie die Bekleidungs-, die Strick- und Wirkwarenindustrie sowie die Leder-, Papier- und die Holzverarbeitung, wiesen hohe Wachstums- und Exportraten auf, was im übrigen zum Teil — etwa bei der Textilindustrie — im Gegensatz zur Entwicklung dieser Branchen in den europäischen OECD-Ländern stand.

Der Anpassungsprozeß — Umschichtung der Produktion zu Gütern mit hohem technologischem und modischem Niveau, Erschließung neuer Absatzmärkte, verstärkter Einsatz von Forschung und Entwicklung — war offenbar 1967 abgeschlossen. Seither wies die österreichische Wirtschaft bis 1974 kontinuierlich hohe Wachstumsraten auf, die zu einem wesentlichen Teil vom Außenhandel getragen wurden. Die Zunahme der österreichischen Exporte beruht teilweise auf einer kräftigen internationalen Konjunktur, zum anderen Teil aber auch auf dem Gewinn von Marktanteilen. Tichy⁴ begründet diese Entwicklung damit, daß der Abbau der

EWG-Binnenzölle Mitte 1968 abgeschlossen war und es danach für die österreichische Exportwirtschaft zu keiner weiteren Verschärfung der EWG-Diskriminierung kam. Weiters führt er die international gesehen niedrigen Löhne, die relative Abwertung des Schillings sowie die relativ schlechte Kapazitätsauslastung 1967 an, die zu verstärkten Exportbemühungen führte. Der Anteil der Finalgüter an den gesamten Exporten nahm seit 1955 ständig zu, während der Anteil der Rohstoffe und Halbfertigwaren kontinuierlich zurückging.

Zwischen 1966 und 1971 wuchsen vor allem die metallverarbeitenden Industrien besonders rasch. Ihre durchschnittliche jährliche Wachstumsrate stieg von 3,1 Prozent in der Anpassungsperiode auf 9,3 Prozent und beruhte vor allem auf Produktionsausweitungen bei fertigen Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern (Maschinen, Elektrogeräte). Insgesamt verschob sich die Produktionsstruktur, dem internationalen Muster folgend, zu technisch hochwertigen Waren.

Träger des Industriewachstums waren Maschinen- und Stahlbau, Elektro- und Fahrzeugindustrie, Papierverarbeitung, chemische Industrie und Holzverarbeitung. Zwischen 1971 und 1974 sanken die Wachstumsraten wieder (auf durchschnittlich 5,6 Prozent), an der Zusammensetzung der »Wachstumsindustrien« änderte sich jedoch wenig. Stark unterdurchschnittlich wuchsen in den letzten zehn Jahren die Ledererzeugung, Bergwerke und Gießereien sowie die Magnesit- und Bekleidungsindustrie, die in der Anpassungsphase zu Beginn der sechziger Jahre noch ein überdurchschnittliches Wachstum erreicht hatten.

Die Änderung der Branchenstruktur

Die unterschiedlichen Wachstumsraten der einzelnen Industriezweige führten zu beträchtlichen Verschiebungen der Branchenanteile an der gesamten Industrieproduktion (Tabelle 2).

Diese Umschichtung entspricht dem Entwicklungsschema einer fortgeschrittenen Wirtschaft: Von Rohstoffen, Bergbauprodukten und Halbfertigwaren verschieben sich Nachfrage und Produktion zuerst zu Fertigwaren, dann innerhalb der Fertigwaren zu Konsumgütern und zu Gütern mit hohem technologischem Niveau.

Parallel dazu wurde die außenwirtschaftliche Verflechtung Österreichs stärker. Gegenwärtig setzt die österreichische Industrie ungefähr die Hälfte ihrer Produkte im Ausland ab. Erst durch den Export wurde es vielen Unternehmen möglich, wirtschaftlich sinnvolle Seriengrößen, für die der Binnenmarkt zu klein ist, zu erreichen. Die warenmäßige Zusammensetzung der Exporte besteht heute im Gegensatz zu den fünfziger Jahren überwiegend aus Fertigwaren, der Anteil der Roh- und Grundstoffe sowie der Halbfertigwaren hat abgenommen. Diese Entwicklung führte auch dazu, daß in einigen Bereichen Exportschwierigkeiten auftraten. So ging die Exportquote⁵ der Glasindustrie zurück und die der Papiererzeugung stagnierte, während in den Konsumgüterindustrien zum Teil beträchtliche Steigerungen zu verzeichnen waren. Die branchenmäßige Struktur der Exporte hat sich dementsprechend grundlegend geändert⁶.

Die Entwicklung der Industrieinvestitionen

Die strukturellen Änderungen und die konjunkturellen Gegebenheiten bestimmten sehr stark die Entwicklung der Industrieinvestitionen (Tabelle 3). In der ersten Periode (1955 bis 1960) wuchsen die Investitionen außer in der Chemiebranche besonders in jenen Industrien stark, die einen relativ geringen Anteil an den gesamten Industrieinvestitionen hatten: in der Stein-, keramischen und Glasindustrie⁷, in der Fahrzeugindustrie, der Holzverarbeitung und in der Papierbranche. Eisen- und Stahlindustrie, Textil- und Elektroindustrie investierten dagegen verhältnismäßig wenig. In der Metallindustrie, die nur 1952 — da allerdings sehr kräftig — expandiert hatte, waren die Investitionen bis 1955 rückläufig. Bei Eisen und Stahl war 1952 das Jahr mit den vorerst höchsten Investitionen, 1954 hingegen ein nie wieder erreichter Tiefpunkt. Ein fast spiegelverkehrtes Bild zeigt die Periode von 1955 bis 1960: Nun wurde der Kapitalstock besonders in der Maschinen-, Stahl- und Eisenbauindustrie, in der Textil-, Bekleidungs- und Elektroindustrie sowie in der Eisen- und Metallwarenbranche erhöht. Die Holzverarbeitung befand sich seit 1957 in einer Krise, was sich auch in den Investitionen widerspiegelte. Unterdurchschnittlich expandierten weiters die Investitionen in der Nahrungs- und Genußmittelbranche⁸, im Sektor Steine, Keramik und Glas sowie bei der Fahrzeugherstellung. Zwischen 1960 und 1967 — der Anpassungsphase — waren die Investitionen außer in der holzverarbeitenden Industrie generell sehr niedrig, besonders aber im Maschinen-, Stahl- und Eisenbau, in der Textilindustrie, in der Elektroindustrie und im Sektor Bergwerke usw.

Zwischen 1967 und 1974 hat sich das Bild abermals deutlich gewandelt: Fast alle Branchen führen hohe Investitionen durch, an der Spitze Elektro-, die Eisen- und Metallwarenindustrie, Holzverarbeitung und Bergwerke usw. Unterdurchschnittliche Investitionen gibt es vor allem in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in der Papier- und in der Textilbranche.

In der Maschinenindustrie erreichten die Investitionen erst 1971 wieder die reale Höhe des Jahres 1962, in der Elektroindustrie schon ein Jahr früher (1970). Die Investitionen der Konsumgüterindustrien entwickelten sich auch nach 1961 kontinuierlich und hatten nur relativ geringe Rückschläge. In der Papierindustrie nahmen die Investitionen seit 1971 nominell nicht unbedeutend ab. Die Textilindustrie gehört seit 1960 zu den Branchen mit eher niedrigen Investitionen. Die Bekleidungsindustrie, die aufgrund der Erschließung der ländlichen Gebiete und ihrer unterbezahlten Arbeitskräfte zu Beginn der sechziger Jahre zu den Wachstumsbranchen zählte und Anfang der siebziger Jahre noch einmal einen Investitionsschub durchführte, hat die nominellen Investitionen von 1970 noch nicht wieder erreicht.

In der Holzindustrie stiegen die Investitionen seit 1950 kontinuierlich an. Bis 1954 wurden 20 Prozent der Investitionen mit ERP-Mitteln finanziert. Papierherstellung und -verarbeitung konnten in der ersten Periode bis 1954 ebenfalls gigantische Mittel aus den ERP-Geldern erlangen. Von den 1,8 Milliarden Schilling Investitionen zwischen 1949 und 1954 bestanden 833 Millionen Schilling aus ERP-Geldern. Ende der fünfziger Jahre nahmen

die Investitionen wieder stark zu, erreichten jedoch erst 1970 wieder das reale Niveau des Jahres 1952. Die Eisen- und Stahlindustrie, die Ende der fünfziger Jahre auf Grund der günstigen Absatzentwicklung, aber auch wegen der optimistischen Prognose der Nachfragesituation stark expandiert hatte, verzeichnete während der sechziger Jahre eine nur mäßige Investitionsentwicklung, die erst im Lauf der siebziger Jahre nachhaltig verbessert wurde.

Interessant ist auch ein internationaler Überblick (Tabelle 4) über die industrielle Investitionstätigkeit zwischen 1964 und 1974. Im Vergleich zur EG (6) haben traditionelle Branchen, wie etwa Papier, Leder und Bekleidung, in beiden Perioden (1964—1969 und 1969—1974) in Österreich einen höheren Anteil an den Gesamtindustrieeinvestitionen. Andererseits investierte die Nahrungs- und Genußmittelindustrie der EG in der Periode 1969—1974, offensichtlich auf der Basis neuerer Entwicklungen, im Bereich der Nahrungsmittelchemie relativ stark, während in Österreich ein deutlicher Rückgang des Anteils an den Gesamtinvestitionen zu vermerken ist.

Die direkte Investitionsförderung

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung der Industrieproduktion und -investitionen soll nun die Tätigkeit der Träger der direkten Investitionsförderung untersucht werden. Dabei sollen die Instrumente nicht nur bezüglich ihrer Wirksamkeit in der Vergangenheit, sondern auch im Hinblick auf Anforderungen der Zukunft — Schaffung von Arbeitsplätzen und Entwicklung einer österreichischen Technologiepolitik — geprüft werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es die Kreditlenkungskommission (KLK), die als erste Institution niedrig verzinsten Darlehen an Industrie und Gewerbe vergab. Vom zweiten Halbjahr 1948 bis zum Auslaufen der KLK im Jahre 1961 wurden Kredite in der Höhe von 5,8 Milliarden Schilling (ohne E-Wirtschaft), zwischen 1962/63 — nach Verabschiedung des ERP-Fonds-Gesetzes — und 1975/76 im Ausmaß von mehr als 7 Milliarden Schilling gewährt⁹.

1957 und 1958 erfolgte die Gründung zweier zusätzlicher Investitionsförderungsinstrumente, die stark auf den industriell-gewerblichen Sektor ausgerichtet sind: die Österreichische Investitionskredit AG und die Österreichische Kommunalkredit AG. Die ÖIK AG hat seit der Gründung knapp 9 Milliarden Schilling, zwischen 1963 und 1976 (als Vergleich zum ERP) 8 Milliarden Schilling vergeben. Seit 1958 fördert die Österreichische Kommunalkredit AG die Aufschließung von Industriegelände und damit mittelbar die Förderung industriell-gewerblicher Vorhaben. Bis 1976 wurden dafür 1,7 Milliarden Schilling verwendet, der Großteil (1,3 Milliarden Schilling) jedoch erst nach 1963. Durch die genannten Fördereinrichtungen wurden also insgesamt 15 Milliarden Schilling direkt an Unternehmen des industriell-gewerblichen Sektors vergeben. Wenn man, was realistisch erscheint, einen doppelt so hohen Betrag an steuerlichen Begünstigungen in Form der vorzeitigen Abschreibung annimmt, so betragen die öffentlichen Investitionsbegünstigungen fast ein Fünftel der in diesem Zeitraum vorgenommenen Industrieinvestitionen.

Seit 1968 erfolgt durch den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft die öffentliche Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, die im weitesten Sinne als Investitionsförderung angesehen werden muß. Der Wasserwirtschaftsfonds, der seit 1948 Kredite nach dem Wasserbautenförderungsgesetz gewährt, hat ab 1974 für die Industrie, vor allem für die Papierindustrie, Bedeutung erlangt. Als bundesweit wirksames Haftungsinstrument dient seit 1969 der Entwicklungs- und Erneuerungsfonds.

In Ergänzung zu den genannten Instrumenten wurde in den letzten zehn Jahren vor allem die Förderung kleinerer Unternehmen (Gewerbestrukturverbesserungsgesetz) bundesweit ausgebaut.

Schon im Jahre 1954 wurde die Bürgschaftsfonds GesmbH mit dem Ziel gegründet, zur Erreichung beziehungsweise Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben Bürgschaften für Kredite, die dem Ziel der Strukturverbesserung dienen, zu übernehmen, wenn die Gewerbetreibenden nicht über ausreichende Banksicherheiten verfügen. Die beschriebenen Förderungseinrichtungen werden noch durch in dieser Arbeit nicht beschriebene Investitionsförderungen der Länder unterstützt.

Überblick

Tabelle 5 und 6 zeigen den Anteil der durch ERP, Investkredit und Kommunalkredit vergebenen Kredite an den Investitionen der einzelnen Branchen sowie den Anteil der direkten Förderung an den Industrieinvestitionen. Eine Einteilung in Fünfjahresperioden macht die Bedeutung der Förderung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre klar, vor allem für die Papier-, Textil- und Bekleidungsindustrie und in den — hier aus statistischen Gründen zusammengefaßten — Branchen Bergwerke, Eisenerzeugung, Gießereien und Metallindustrie. Das Auslaufen der Tätigkeit der Kreditlenkungscommission in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zeigt sich in den niederen Anteilen der Kredite an den jeweiligen Brancheninvestitionen. Ganz ähnlich ist die Situation in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Erst zwischen 1966 und 1969 spielen die Kredite wieder eine bedeutendere Rolle. Zwischen 1970 und 1976 sinken die Anteile wegen der langen Hochkonjunktur bis 1974/75 wieder.

Ein ähnliches Bild zeigt Tabelle 7, in der die Anteile der durch ERP- und Investkredite induzierten Investitionssumme an den Investitionen der einzelnen Branchen zwischen 1963 und 1976 festgehalten sind. Zwar sind diese in den Geschäftsberichten ausgewiesenen Zahlen nur bedingt aussagekräftig, da sie natürlich zu Werbe- und Rechtfertigungszwecken eher zu hoch angesetzt und auch Doppelzählungen unvermeidlich sind, wenn etwa ein Projekt bei beiden Instituten zur Förderung eingereicht wird; trotzdem ist die Höhe vor allem in der Papierindustrie verblüffend: ERP- und Investkredite waren von 1973 bis 1976 an 88 Prozent der gesamten Investitionen der Papierindustrie beteiligt.

ERP-Fonds (Tabellen 9—15)

Der ERP-Fonds hat die Aufgabe, »den Ausbau, die Rationalisierung und die Produktivität der österreichischen Wirtschaft insbesondere durch Unterstützung und Anregung der produktiven Tätigkeit und des Warenaustausches zu fördern und dadurch auch zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und Erhöhung des Sozialproduktes unter Bedachtnahme auf die Stabilität des Geldwertes beizutragen«. (ERP-Fonds-Gesetz § 1 Abs. 2.)

Im Rahmen der amerikanischen ERP-Hilfe (European Recovery Program) wurden der Republik Österreich Lebensmittel, Rohstoffe, Investitionsgüter und teilweise auch Dollarbeträge im Gesamtausmaß von rund 1,2 Milliarden Dollar (1950) unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Schilling-Gegenwert aus dem Verkauf der Hilfsgüter wurde auf Sonderkonten bei der Österreichischen Nationalbank erlegt und zunächst dem Geldumlauf entzogen. Insgesamt wurden im Laufe der ERP-Hilfe bis etwa Mitte der fünfziger Jahre rund 17,6 Milliarden Schilling auf Counterpartkonten gutgeschrieben. Im Rahmen von Jahresprogrammen erfolgten zunächst Freigaben in Höhe von rund 7,6 Milliarden Schilling für Preisstützungen, Infrastrukturinvestitionen usw. zu Lasten der Counterpartkonten. Die verbleibenden 10 Milliarden Schilling wurden in Form von verzinslichen, rückzahlbaren Investitionskrediten der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

Der mit dem ERP-Fonds-Gesetz 1962 errichtete ERP-Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit, der im Eigentum des Bundes steht, übernahm in der Folge die aus den Counterpartfreigaben entstandenen Vermögenswerte als Eigenvermögen (»Eigenblock«).

Ein Teil der Mittel des Nationalbankblockes wird auf Grund der bisherigen Praxis weiterhin ausschließlich für Kreditgewährungen an Industrie, Gewerbe und Energiewirtschaft verwendet, während der Eigenblock für alle sonstigen Kredite und Leistungen des ERP-Fonds, wie etwa Kredite an die Land- und Forstwirtschaft, eingesetzt wird.

Für den hier angestrebten Zweck ist es infolge der geschichtlichen, aber auch inhaltlichen Kontinuität von Kreditlenkungskommission (KLK) und ERP-Fonds durchaus zulässig, die gesamten ERP-Mittel zwischen 1948 und 1975 zusammenzufassen. Für den Zeitraum zwischen 1948 und 1962 wurden nach Durchsicht aller Akte der Kreditlenkungskommission (KLK) nach Investitionskrediten Primärstatistiken erstellt. Dabei wurden nur bewilligte Kredite über einer Million Schilling berücksichtigt. Diese Vorgangsweise führt jedoch angesichts des Umfangs jener Beträge, die unter diesem Betrag lagen, kaum zu wesentlichen Ungenauigkeiten.

Aus der Tabelle 8 ist ersichtlich, daß die amerikanische Hilfe im Rahmen des Marshall-Plans darauf angelegt war, innerhalb kurzer Zeit — spätestens bis Mitte der fünfziger Jahre — den teilweisen Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft zu erreichen. Damit verbunden war das Bestreben, einen möglichst schnellen Ausgleich der Zahlungsbilanz zu erzielen. Leitlinie war, die öffentliche und private Investitionstätigkeit zu koordinieren und *aussichtsreiche* Projekte ohne Gefährdung der Stabilität

der Währung durchzuführen. Das Ziel der Verbesserung der Zahlungsbilanz sollte unter gleichzeitiger Berücksichtigung der dringendsten Erfordernisse der Sozial- und Wirtschaftspolitik, so zum Beispiel die Vollbeschäftigung, verfolgt werden. Wie »aussichtsreich« ein Projekt war, wurde durch seine Wirkung auf Importsubstitution und Exportchance der geschaffenen Produkte festgestellt¹⁰. Eindeutiger Förderungsschwerpunkt war das Geschäftsjahr 1950/51, in dem mehr als ein Viertel aller ERP-Investitionskredite bis 1962 vergeben wurde. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre kam es zu einem allmählichen Auslaufen der ERP-Investitionsförderung. Neue Kredite wurden nur noch im Ausmaß des Rückflusses der Tilgungen und Zinsen durchgeführt. Im Geschäftsjahr 1961/62, also kurz vor der Gründung des ERP-Fonds, wurden überhaupt keine Kredite vergeben. Darüber hinaus hat die KLK auch Kleinkredite sowie ab 1956 Betriebsmittelkredite für die ehemaligen USIA-Betriebe vergeben, die in dieser Arbeit nicht berücksichtigt wurden.

Bezüglich der Verwendung der Kredite läßt sich eine klare Ausrichtung verfolgen. In den ersten Jahren bekam die Eisen- und Stahlindustrie die höchsten Fördermittel (zwischen 1948 und 1957, also in acht Geschäftsjahren, erhielt diese Branche sechsmal den größten Anteil an den jährlichen Krediten), als zweiter Schwerpunkt erwies sich ab dem zweiten Geschäftsjahr bis 1956 die Papierindustrie. Weiters wurden noch Kohle- und Textilindustrie überdurchschnittlich gefördert (Tabelle 9).

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre änderte sich das Bild. »Führende Sektoren« — allerdings bei insgesamt stark reduzierter Kreditvergabe — waren nun Eisen- und Metallindustrie und Chemieindustrie, in etwas schwächerem Ausmaß auch die Maschinen- und Stahlindustrie sowie die Textilindustrie. Nach einer starken Förderung der Investitionsgüterindustrien in den ersten Jahren der Vergabe erfolgte also eine gemäßigte Hinwendung zur Konsumgüterindustrie. Die Konzentration der Mittelvergabe zwischen 1949 und 1952 (2795,7 Millionen Schilling nominell!) erfolgte auf der Basis des von der österreichischen Bundesregierung aufgestellten »Investitionsprogrammes 1950—1952«, das den oben erwähnten Prioritäten entsprach. Tabelle 10 widerspiegelt sehr deutlich die Ziele: Stärkung der Basis der heimischen Industrie sowie Export. Im Vergleich zu den Folgejahren wurden auch die chemische und die Maschinenindustrie in diesem Zeitpunkt massiv gefördert.

Über den Beobachtungszeitraum gleichmäßig verlief die Zuteilung von Fördermitteln in der Elektro- sowie in der Eisen- und Metallindustrie, abgeschwächt auch in der Maschinen- und Stahlindustrie. Sehr sprunghaft war schon damals die Förderung der Nichteisen-Metallindustrie, die nur 1950/51 und 1955/56 nennenswerte Förderungen erhielt. Diese Entwicklung dürfte dem Investitionsverhalten in diesem Industriezweig entsprechen.

Der ERP-Fonds 1962/63—1975/76

Seit 1962/63 sind in den Jahresberichten des ERP-Fonds alle während des abgelaufenen Geschäftsjahres vergebenen Kredite statistisch erfaßt. Außerdem wird das in Gang gesetzte Investitionsvolumen angegeben.

Die Kreditkonditionen und Zielsetzungen des Fonds haben sich entsprechend der wirtschaftlichen Lage mehrmals geändert. Gegenwärtig vergibt der ERP-Fonds für den industriell-gewerblichen Sektor Kredite nach verschiedenen Verfahren, wobei die Rückzahlung bei der überwiegenden Mehrheit der vergebenen Förderungen innerhalb von fünf bis zehn Jahren zu erfolgen hat. Der Zinssatz liegt bei 5 Prozent. Die einzelnen Aktionen haben unterschiedliche Richtlinien, insbesondere was den Eigenfinanzierungsanteil betrifft (zwischen 25 und 50 Prozent).

Betrachtet man die Summe aller ERP-Kredite (Normalverfahren), so fällt eine zwar nicht gleichmäßige, aber dauernde Erhöhung der jährlich vergebenen Kredite auf. Insgesamt wurden zwischen 1962/63 und 1975/76 mehr als 6,5 Milliarden Schilling für die genannten Bereiche vergeben (Tabelle 11). Das dadurch induzierte Investitionsvolumen beläuft sich auf mehr als 31 Milliarden Schilling. Diese Summe ist insofern überhöht, als einzelne Projekte sowohl beim ERP-Fonds als auch bei der Investkredit eingereicht und gefördert wurden und sich bezüglich des induzierten Volumens somit vereinzelt Doppelzählungen ergeben.

Einzig im Geschäftsjahr 1972/73 kam es auf Grund konjunktureller Überlegungen zu starken Einschränkungen der Kreditvergabe. Die hier zurückgehaltenen Mittel wurden in der Rezession 1974/75 freigegeben.

Die »Förderstruktur« hat sich seit 1948 nicht wesentlich verändert (Tabelle 12). Lediglich die Begünstigung des Kohlebergbaus wurde seit Mitte der fünfziger Jahre stark eingeschränkt, während die Sektoren Bau-Steine-Keramik und die Nichteisenmetalle in der zweiten Periode verstärkt Mittel erhielten. Die Chemieindustrie bekam seit 1962 im Durchschnitt eine doppelt so hohe Zuteilung als vorher, die Förderung von Papier und Textil ist prozentmäßig gleichgeblieben. Die Eisen- und Stahlindustrie, auf Grund der hohen Zuteilungen Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre die auch durchschnittlich meistgeförderte Branche der KLK-Periode, erhält jetzt geringere Förderungen als die metallverarbeitende und die Chemieindustrie. In den siebziger Jahren stieg der Anteil der Papierindustrie wieder stark an, und in einzelnen Jahren erhielt der Sektor Bau-Steine-Keramik große Mittel. Im Bremsjahr 1972/73 wurde der Anteil der Elektroindustrie gekürzt, während die Förderung der Papier- und der Textilindustrie stark anstieg. Hier wurde offensichtlich Konjunkturpolitik, keineswegs aber Strukturpolitik, betrieben. Bei dem Versuch, die Rezession 1975 auch mit Hilfe des Förderinstrumentariums zu bekämpfen, kam es nur bei den Nichteisenmetallen zu einer beträchtlichen Steigerung der Förderung, die Anteile der anderen Branchen änderten sich nur wenig.

Insgesamt ist bei Betrachtung des Beobachtungszeitraums eine kontinuierlich starke Förderung traditioneller Bereiche — Papier, Textil — zu bemerken, während etwa die Elektro- und die Chemieindustrie, die im Vergleich mit den beiden erstgenannten Branchen mit größerem Recht als Wachstumsindustrien zu bezeichnen sind, erst relativ spät — wie die Chemieindustrie — oder nur in geringem Umlauf — wie die Elektroindustrie — begünstigt wurden. Hier taucht die Frage auf, ob zu späte Förderung nicht insofern Gefahren birgt, als die Fertigstellung der mit Hilfe der

geförderten Kredite erweiterten Kapazitäten nicht schon wieder in die internationale Sättigungsphase dieser Industrien beziehungsweise Produkte fällt.

Die Förderung der metallverarbeitenden Industrie war starken Schwankungen unterworfen und keineswegs deutlich ansteigend, obwohl in ihr so wachstumsintensive Branchen wie Maschinenbau, Werkzeugherstellung und Kfz-Herstellung zusammengefaßt werden¹¹. Besonders die Entwicklung der Produktions- und Absatzmöglichkeiten auf dem Autobus- und Lkw-Sektor wurden eindeutig »verschlafen«. Eine besondere strukturelle Ausrichtung der Tätigkeit des ERP-Fonds läßt sich nicht feststellen, wenn auch die verschiedenen Sonderaktionen den Willen zu aktiver Gestaltung dokumentieren.

Neben den Großkrediten, die nach dem sogenannten Normalverfahren vergeben wurden, erfolgte auch eine Aktion »Zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Kohlebergbaugebieten«. Im Rahmen dieser Aktion wurden zwischen 1966/67 und 1975/76 fast 1,5 Milliarden Schilling vergeben. Schwerpunkte waren 1970/71 die Eisen- und Stahlindustrie mit 86 Millionen sowie 1969/70 und 1972/73 die Elektroindustrie mit 95 beziehungsweise 120 Millionen Schilling. 1973/74 wurde als regionalpolitischer Schwerpunkt die Förderung von Unternehmen in Grenzlandräumen aufgenommen (Tabelle 13).

Investitionskredit AG

Die Österreichische Investitionskredit AG wurde im Jahre 1957 mit dem Ziel gegründet, die Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, durch die Bereitstellung von günstigen Krediten zu fördern. Vor allem sollte der mit dem Auslaufen der amerikanischen Wirtschaftshilfe spürbar gewordene Mangel an langfristigen Finanzierungsmitteln für industrielle und gewerbliche Investitionen beseitigt werden. Die Höhe der Kreditzinsen beträgt zurzeit um 10 Prozent. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 15 Jahren. Die Investitionskredit AG vergab seit ihrem Bestehen Industriekredite in der Höhe von 8,9 Milliarden Schilling (Tabelle 14), damit wurde ein Investitionsvolumen von 33,1 Milliarden Schilling ermöglicht.

Das Schwergewicht der Förderung lag bei der Chemie- und bei der Papierindustrie sowie bei den Branchen Bau-Steine-Erden und Glas-Keramik, die infolge von Zuordnungsschwierigkeiten zusammen ausgewiesen werden¹².

Betrachtet man die Tätigkeit der Investkredit seit dem Jahre 1958, so scheint es beinahe, daß die Gründung einem Bedürfnis der Papierindustrie entsprach: Die Höhe der Förderung, die diese Branche im Jahre 1958 erhielt, wird nominell erst 1966 übertroffen, und auch da nur von der statistisch zusammengefaßten gesamten Eisen- und Metallindustrie. Zu den in den einzelnen Jahren meistgeförderten Branchen zählt außer der Papierindustrie und dem Sektor Bau-Steine-Erden-Glas noch die Chemieindustrie. Die Eisen- und Metallindustrie wurde bis zur Neugliederung der Statistik 1968 stark gefördert, ab 1968 erhält als einzige »Nachfolgeindustrie« der Bergbau große Mittel. Es ist zu vermuten, daß die Bergwerke auch vorher schon eine der meistgeförderten Industrien der Investkredit

waren. In der Anpassungsphase der ersten Hälfte der sechziger Jahre wurden — soweit statistisch ersichtlich — außer der Chemieindustrie im wesentlichen traditionelle Branchen gefördert: Bau, Textil, Papier und Eisen-Metall.

Die starke Auf- und Abbewegung der Förderung durch die Investkredit, auch verglichen mit dem ERP-Fonds, schließt an sich schon die Verfolgung struktureller Zielsetzungen aus. Es ist aber auch kaum ein konjunkturgemäßes Verhalten zu beobachten. Dies soll kurz am Beispiel der »Bauindustrie« erläutert werden. Als Vergleichsbasis dienen die realen jährlichen Wachstumsraten des Bauvolumens¹³. Am Tiefpunkt der Baukonjunktur 1958 erhielt die »Bauindustrie« von der Investkredit keine Mittel, dafür aber sehr wohl in der bisher zweithöchsten Bauhochkonjunktur 1961. In der Krise 1969 hielt sich die Kreditvergabe in engen Grenzen, dafür stieg ab 1971, als sich die »Bauindustrie« ihrem konjunkturellen Höhepunkt näherte, auch die Mittelvergabe stark an. Im Rezessionsjahr 1975 wiederum erhielt die »Bauindustrie« praktisch keine Mittel. Sucht man also nach einer konjunkturellen Ausrichtung der Kredite, so findet man sowohl neutrale, antizyklische, aber häufig genug auch prozyklische Vergaben. Insbesondere 1972/73, als der ERP-Fonds aus konjunkturellen Gründen die Mittelvergabe einschränkte, scheint die Investkredit »eingesprungen« zu sein. Dies ist wohl ein deutliches Zeichen dafür, daß die Kooperation zwischen den Instrumenten beträchtlich verbessert werden könnte. Allerdings muß hier berücksichtigt werden, daß die Investkredit fast zur Gänze im Eigentum der Geschäftsbanken ist und daher eine Position zwischen kommerzieller und förderungspolitischer Kreditvergabe einnimmt, was zu zahlreichen Widersprüchen führt.

Österreichische Kommunalkredit AG

Die Österreichische Kommunalkredit AG wurde im Jahre 1958 gegründet. Ihr Ziel ist es, langfristige und niedrigverzinsliche Darlehen zur Beschaffung und Aufschließung von Industriegelände und zum Bau von Werkshallen zu gewähren, um in den wirtschaftlich wenig entwickelten Regionen die Ansiedlung neuer und den Ausbau entwicklungsfähiger, bereits ansässiger Betriebe zu fördern.

Die Aufgabenstellung der Kommunalkredit AG ist somit vorwiegend regionalpolitischer Natur. Als Darlehenswerber kommen ausschließlich Gemeinden in Betracht. Die Auswahl der Projekte erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den regionalpolitischen Stellen der Länder, der Arbeitsmarktverwaltung sowie dem ERP-Fonds. Vor allem bei der Finanzierung von Gebäuden haftet das begünstigte Unternehmen überdies auch für den Kredit. In einigen Fällen haben auch die Bundesländer Bürgschaften zur Besicherung der Darlehen übernommen.

Generell werden für die Kredite sieben Prozent Jahreszinsen verrechnet. Die Laufzeit beträgt maximal zwölf Jahre. Eine etwas andere Regelung gilt für die im Jahre 1976 vergebenen Sonderkredite, auf die unten noch näher eingegangen wird.

An Fremdmitteln stehen Gelder aus dem ERP-Fonds zur Verfügung,

deren Anteil an der Refinanzierung jedoch ständig abnimmt und etwa im Jahr 1974 nur noch 13 Prozent der Nettoexpansion der Ausleihungen des Instituts deckte. Die Refinanzierung muß daher in zunehmendem Maße auf dem Kapitalmarkt erfolgen.

Zu Beginn der Tätigkeit des Instituts stand das Ziel der Förderung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur im Vordergrund. Vor allem in den östlichen Bundesländern sollte der Wiederaufbau und der Ausbau der Industrie durch billige Kredite beschleunigt werden. Dementsprechend lagen die ersten regionalen Schwerpunkte der Tätigkeit der Kommunkredit AG in den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland. Das Burgenland (Tabelle 15) erhielt ein Drittel seiner gesamten Förderung zwischen 1959 und 1962, also in den ersten vier Jahren des Bestehens der Kommunkredit AG. Ein weiterer Schwerpunkt war damals schon Niederösterreich, das bis heute — im Gegensatz zum Burgenland — fast jedes Jahr hohe Mittel erhielt.

Mitte der sechziger Jahre änderte sich die Zielsetzung der Kommunkredit AG. Der Akzent der Tätigkeit wurde verstärkt auf die Beseitigung von regionalen Strukturschwächen gelegt. Gebiete, deren Wirtschaftsstruktur durch stagnierende oder schrumpfende Industrien problematisch geworden war, kamen in zunehmendem Maße in den Genuß der Fördermittel. Neue regionale Schwerpunkte der Kreditvergabe wurden nun Kärnten, Oberösterreich und die Steiermark, während das Burgenland zwischen 1972 und 1976 nur noch ein Sechstel seiner gesamten Förderungssumme erhielt. Auf Kärnten entfiel zwischen 1969 und 1976 etwa drei Viertel seiner gesamten Förderung, und nach Niederösterreich flossen zwischen 1970 und 1976 über 60 Prozent der insgesamt für dieses Bundesland veranschlagten Mittel. Zusammen erhielten Niederösterreich und Kärnten fast die Hälfte aller Kredite. Im Jahr 1975 betrug der Anteil dieser beiden Bundesländer an allen in diesem Jahr vergebenen Krediten sogar 80 Prozent.

Die bei weitem meistgeförderten Industriezweige (Tabelle 16) waren in allen Jahren die Metall- und Elektrobranche, die in den Statistiken der Kommunkredit zusammen ausgewiesen sind. Auf sie entfielen insgesamt 599 Millionen Schilling, das sind mehr als 40 Prozent der gesamten Förderung. Knapp die Hälfte dieser Summe erhielt die Textil- und Bekleidungsindustrie. Im Jahr 1976 wurde erstmals die chemische Industrie in nennenswertem Umfang gefördert. Die Förderung aller Branchen unterliegt eher starken Schwankungen.

Da der regionale Schwerpunkt der Tätigkeit der Kommunkredit AG in Niederösterreich, der Steiermark und in Kärnten liegt und der branchenmäßige bei der Metall- und Elektroindustrie sowie bei der Textil- und Bekleidungsindustrie, dürfte ein Ergebnis der Förderung der Kommunkredit die Ansiedlung arbeitsintensiver Betriebe sein, die vor allem zur Ausnützung der billigen weiblichen Arbeitskräfte in Agrargegenden gegründet wurden. Die damit geförderte Konservierung überkommener industrieller Produktionsstrukturen führt außer zu einem Rückstand der Technologien zu einer Erhaltung der regionalen Disparitäten, was Entlohnung und Arbeitsplatzgestaltung anbelangt.

Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft (FFFgW)

Der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft wurde 1968 gegründet und förderte in den vergangenen neun Jahren seiner Tätigkeit Investitionen in der Höhe von knapp 1 Milliarde Schilling. Ziel des Fonds ist es vor allem, im industriell-gewerblichen Bereich die Innovationsfähigkeit der Unternehmen anzukurbeln, um Strukturverbesserungen zu fördern. Neben der Förderung der Forschung von Unternehmen werden auch Forschungsinstitute sowie Einzelforscher nennenswert unterstützt.

Die Förderung erfolgte bis 1975 in Form von Darlehen, die zu 3 Prozent verzinst wurden (ab 1975 4 Prozent), und Subventionen, die insgesamt bedeutender sind. Durch die allgemeine Budgetsituation war die öffentliche Hand im Jahre 1975 nicht mehr in der Lage, den Fonds wesentlich mehr Mittel zukommen zu lassen als im Vorjahr. Der dadurch drohenden restriktiven Situation der Förderpraxis konnte durch die Gewährung von Zinszuschüssen und die Übernahme von Bürgschaften teilweise entgegenge wirkt werden.

Zwischen 1968 und 1976 hat der Fonds Fördermittel in der Höhe von 1,44 Milliarden Schilling an die gewerbliche Wirtschaft vergeben (Tabelle 17). Durch diesen Betrag wurden Projekte mit Gesamtkosten von 3,44 Milliarden Schilling unterstützt.

Gliedert man die Förderung nur nach den einzelnen Unternehmen direkt zurechenbaren Projekten (Tabelle 18), so wurden im Beobachtungszeitraum knapp eine Milliarde Schilling an den industriell-gewerblichen Sektor direkt vergeben. Förderungen an Forschungsinstitute, wie etwa die ÖSGAE, die einen beträchtlichen Beitrag zur Innovation in der Industrie beitragen, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt. Etwa die Hälfte der Förderung entfällt auf die Branchen Chemie, Maschinen-, Stahl- und Eisenbau und Elektro. Bemerkenswert ist, daß in den Bereichen Chemie und Elektro in den letzten Jahren verstärkte Forschung und Entwicklung betrieben wurde. Akzeptiert man die Antragstellung beim Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft als ein Merkmal für die FE-Initiative einzelner Industriezweige, so muß festgestellt werden, daß die Papier- sowie die Textil-/Bekleidungsbranche, die seit 1950 massiv gefördert wurden, kaum zur eigenen technologischen Entwicklung beigetragen haben, sondern offensichtlich auf Grund alter oder konventioneller Technologien produziert haben.

Wasserwirtschaftsfonds

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes 1948 unterstützt die öffentliche Hand seit Jahrzehnten Gemeinden bei der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen. Für die industriell-gewerbliche Investitionsförderung hat dieses Instrument erst in den letzten Jahren besondere Bedeutung erlangt, als die mit 1 bis 3 Prozent verzinsten Kredite im verstärkten Maße an die Zellstoffindustrie vergeben wurden. Die unter dem Titel »Umweltschutz« vergebenen Mittel umfassen nicht nur die Investitionen für die Erreichung des von der Was-

serrechtsbehörde vorgeschriebenen Standards, sondern auch Umweltanlagen, die nach Ausweitungen der Kapazitäten um bis zu 100 Prozent eine Minimierung der Schäden gewährleisten. Damit wurde und wird ein entscheidender Beitrag zur Umstrukturierung dieses Industriezweiges geleistet. Seit 1972 hat die öffentliche Hand neben ERP- und Investkreditmitteln Kredite des Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe von etwa 1,5 Milliarden Schilling der Papier- und Zellstoffindustrie zur Verfügung gestellt. Diese Darlehen sind in maximal 20 Jahren zu tilgen und stellen daher für die begünstigten Industriesparten eine wesentliche Investitionshilfe dar.

Seit dem 1. Jänner 1974 wird der Papier- und Zellstoffindustrie durch Gewährung von Zinsstützungen ermöglicht, Investitionen mit ERP-Zinsniveau zur Strukturverbesserung und Errichtung von Umweltschutzanlagen vorzunehmen. Der vorgesehene Rahmen beträgt etwa 2,1 Milliarden Schilling, die Förderung erfolgt auf eine maximale Dauer von zwölf Jahren.

Entwicklungs- und Erneuerungsfonds (EEF)

Ende der sechziger Jahre scheiterte die Finanzierung einzelner Investitionsvorhaben an der zu geringen Risikobereitschaft der Unternehmen beziehungsweise der Kreditwirtschaft. So wurde unter anderem die Gründung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft zur Behebung dieses Mangels gefordert. Anfang 1969 wurde als Kompromißlösung schließlich der EEF gegründet, dessen Aufgabe es ist, die Finanzierung von Entwicklungs- und Erneuerungsinvestitionen für die Produktions-, Verkehrs- und Fremdenverkehrswirtschaft sowie von Forschungsunternehmen durch Übernahme von Ausfallbürgschaften zu erleichtern beziehungsweise zu ermöglichen. Der EEF soll besonders jene Projekte fördern, die wachstums- und strukturell für die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft von Bedeutung sind, für deren Kreditfinanzierung der Kreditgeber jedoch keine ausreichenden bankmäßigen Sicherheiten stellen kann. Die Höchstlaufzeit der Bürgschaften beträgt 17 Jahre, gefördert werden Projekte, deren Zinsbelastung die Verzinsung der zuletzt im Inland aufgelegten Bundesanleihe um nicht mehr als 0,75 Prozent übersteigt. Die Bindung der Höhe der Verzinsung an jene der Bundesanleihen bedeutet ein gewisses prozyklisches Schwanken des Zinssatzes.

In den sechs Jahren seines Bestehens hat der EEF im Bereich der Industrie insgesamt Haftungen für mehr als 1,1 Milliarden Schilling übernommen und damit Investitionsvorhaben in der Höhe von 2,4 Milliarden Schilling ermöglicht. Außer in den Jahren 1971 und 1975, wo gegenüber dem Vorjahr starke prozentuelle Zunahmen verzeichnet wurden, nahm die verbürgte Kreditsumme nur langsam zu. Die Zunahmen in den Jahren 1971 und 1975 sind einmal einer starken Ausweitung der Förderung der Papier- und Pappenindustrie, dann einer hohen Bürgschaft bei Eisen und Metall zuzuschreiben. Das bisher bedeutendste Geschäftsjahr war 1971, wobei an der Höhe der Bürgschaften außer der Papierindustrie noch die Sektoren Holz und Eisen und Metall beteiligt waren.

Nimmt man im Bereich der industriell-gewerblichen Unternehmen eine Reihung nach der Höhe der verbürgten Kredite vor (Tabelle 19), so domi-

nieren eindeutig die Papierindustrie sowie die Eisen- und Metallindustrie einschließlich der Feinmechanik. Diese beiden Industriezweige erhielten also weit mehr als die Hälfte der gesamten Förderung. An dritter Stelle steht die Holzindustrie, von mäßiger Bedeutung sind die Bereiche Stein und Keramik und Maschinenbau. In der Elektro- und der Chemieindustrie übernahm der EEF fast keine Bürgschaften, seit 1973 sogar überhaupt nicht mehr. Beurteilt man die Tätigkeit des EEF an seinem Namen — Entwicklungs- und Erneuerungsfonds —, so dürfte ein Urteil nicht schwerfallen. Gefördert werden vor allem traditionelle Branchen, wie Papier, Holz, Stein und Keramik, während Wachstumsbranchen, wie Chemie, Elektro, Maschinen- und Fahrzeugbau, praktisch nicht gefördert wurden.

Zusammenfassung und Bewertung der wichtigsten Ergebnisse

- Insgesamt wurden zwischen 1948 und 1976 etwa 310 Milliarden Schilling (zu laufenden Preisen) für Industrieinvestitionen aufgewendet. 23,2 Milliarden oder 7,5 Prozent wurden durch den ERP-Fonds, die ÖIK und, in geringerem Umfang, von der ÖKK zur Verfügung gestellt. Mehr als zwei Drittel dieser Summe flossen in nur fünf Industriebetriebe.
- Nur in der Anfangsphase der Kreditlenkungskommission sind Schwerpunkte des Mitteleinsatzes festzustellen, als vor allem die Investitionsgüterindustrien gefördert wurden. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erfolgte eine Hinwendung zu Konsumbereichen. Jedenfalls ist in der gesamten Tätigkeit der KLK und des ERP-Fonds keine Konzentration der Mittel auf Zweige, die eine strategische Rolle im technologischen Strukturwandel der Industrie spielen, erfolgt. Im Gegensatz dazu erfolgte in Westeuropa unter anderem eine massive Förderung der Elektronik- und der Werkzeugmaschinenindustrie.
- Die Kreditvergabe durch die Investkredit, die eine Position zwischen einem kommerziellen Kreditinstitut und einer Fördereinrichtung einnimmt, läßt — diesem Charakter gemäß — keine ausgeprägte Schwerpunktsetzung im industriellen Bereich erkennen. Entsprechend des hohen Investitionsbedarfes liegen die chemische und die papiererzeugende Industrie an der Spitze der Kreditwerber.
- Die Tätigkeit der Kommunalkredit ist ausschließlich von regionalpolitischen Zielen bestimmt. Fast 70 Prozent aller Kredite flossen nach Kärnten, Niederösterreich und Steiermark, relativ viel erhielt das Burgenland, insbesondere in den Anfangsjahren der Kommunalkredit. Meistgeförderte Branche war die in den Jahresberichten gemeinsam ausgewiesene Metall- und Elektroindustrie.
- Der Forschungsförderungsfonds vergab die Hälfte seiner Fördermittel an die Maschinen-, chemische und Elektroindustrie, wobei in den letzten Jahren die Förderung sich eher zu den letztgenannten Industrien verschob.
- Der Wasserwirtschaftsfonds ist, soweit es die Industrie betrifft, ausschließlich für die Zellstoffindustrie von Bedeutung.
- Der EE-Fonds hat seine Zielsetzung, die Beschleunigung des industriellen Strukturwandels durch die Unterstützung neuer Vorhaben und die

bewußte Entwicklung von Wachstumsproduktion, nur in einem bescheidenen Ausmaß realisiert. Vorwiegend wurden Haftungen für Investitionen in traditionelle Branchen vergeben.

- Eine Betrachtung der konjunkturpolitischen Wirksamkeit des direkten Förderungsinstrumentariums ergibt, daß lediglich der ERP-Fonds in der Hochkonjunktur (1972/73) versuchte, durch restriktive Mittelvergabe einen antizyklischen Effekt zu erzielen. Alle anderen genannten Förderungseinrichtungen haben diese Zielsetzungen nicht verfolgt. Bei der Investkredit ist sogar eine prozyklische Kreditvergabe festzustellen. So weitete sie sogar 1972/73 ihr Vergabevolumen entscheidend aus. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die Investkredit vor allem dann zum Zuge kommt, wenn ihre Eigentümer, die großen österreichischen Banken, selbst an die Grenze ihrer Kreditvergabemöglichkeiten stoßen.
- Die mangelnde Koordination der Förderungseinrichtungen scheint dem Förderungswerber die Möglichkeit zu bieten, bei der Auswahl der Unterstützung den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen sowie die Tätigkeit gutorganisierter Gruppen bei der Durchsetzung der Förderungsvergabe zu begünstigen.
- Bereits 1970 stellte die Studie des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen »Vorschläge zur Industriepolitik«, angesichts der Mitte des Jahrzehnts erkannten Wachstumsschwächen der Industrie, folgende Kriterien für die Auswahl förderungswürdiger Vorhaben auf:
 - a) Investitionen für die Erzeugung neuer Produkte auf Grund österreichischer Forschung und Entwicklung,
 - b) Investitionen, die die Erzeugung hochwertiger Spezialprodukte zum Gegenstand haben,
 - c) Investitionen für Produktionen, deren Expansionsaussichten auch langfristig überdurchschnittlich sind,
 - d) Investitionen zur Produktionszusammenlegung und Sortimentsbereinigung sowie finanzielle Erfordernisse im Zusammenhang mit solchen Maßnahmen¹⁴.

Dieses Konzept sollte durch eine Koordination der einzelnen Einrichtungen erreicht werden. Die Analyse der Tätigkeit dieser Förderungseinrichtungen in den letzten Jahren zeigt jedoch, daß man kaum über Ansätze zur Koordinierung hinauskam. In der Folge wurde auch keine Konkretisierung der industriepolitischen Konzepte erreicht, so daß auch der gewünschte offensive Einsatz der Förderung im Sinne der Beschleunigung des strukturellen Wandels unterblieb. Dies läßt sich gut am Beispiel der Papier- und Glasindustrie zeigen.

- Die Papierindustrie hat seit 1950 ein Maximum an öffentlicher Unterstützung erhalten. Diese Förderung geht weit über die anderen Industrien, eingeschlossen die Bereiche der verstaatlichten Industrie, hinaus. Etwa ein Sechstel der zwischen 1950 und 1965 durchgeführten Investitionen der Papierindustrie wurden durch direkte Förderung gestützt, dazu kommen seit 1973 Zinsenstützungen sowie Kredite des Wasserwirtschaftsfonds. Da nicht nach einem sinnvollen Gesamtkonzept vorgegangen wurde, ist es trotz umfangreicher Förderung nicht gelungen, die Strukturprobleme dieser Branche längerfristig zu lösen. Auch am Bei-

spiel der stark geförderten Hohlglasindustrie läßt sich die »Laissez-faire-Politik« der direkten Investitionsförderung zeigen. Obwohl deren Strukturschwächen seit Jahren bekannt sind, erfolgte die Förderung bislang ohne strukturpolitische Auflagen.

Maßnahmen

Die 1970 formulierten Zielsetzungen einer offensiven Industriepolitik müßten auf Grund der Entwicklung der letzten Jahre ergänzt und angepaßt werden.

- Da Österreich zu den rohstoffärmeren Ländern zählt und die Wertschöpfung in erster Linie in der Weiterverarbeitung und Finalisierung von Produkten liegt, sollten die Investitionen in jenen Bereichen erfolgen, in denen technologisch anspruchsvolle Produkte mit hoher Arbeitsintensität erzeugt werden. Ein weiterer Schwerpunkt wird, dem Konzept des qualitativen Wachstums folgend, in Investitionen in umweltschonende, rohstoff- und energiesparende Verfahren sowie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen liegen. In diesem Sinne sind die Vorschläge des Beirats zur Industriepolitik zu korrigieren, die die Förderung nur an der möglichen Steigerung der Ertragskraft der betroffenen Unternehmen messen.
- In diese strukturpolitischen Überlegungen sind auch jene Förderungsmaßnahmen zu integrieren, die auf einen Ausgleich regionaler Disparitäten abzielen. Bisherige Erfahrungen zeigen nämlich, daß Betriebsgründungen in industriell rückständigen Gebieten nur dann nachhaltig positive Effekte erzielt haben, wenn sie nicht in jene Produkte erfolgen, die auf Grund der relativ niedrigeren Arbeitskosten konkurrenzfähig sind.
- Die formulierte langfristige Zielsetzung für die bestehenden Förderungseinrichtungen legt eine klare Aufgabentrennung zwischen konjunktur- und strukturpolitischen Instrumenten nahe. Die direkte Förderung soll in erster Linie strukturpolitischen Zielen dienen. Durch Umgestaltung der indirekten steuerlichen Förderung könnte eine konjunkturpolitische Ergänzung dazu gefunden werden. Ein solches wäre durch den Abbau der vorzeitigen Abschreibung und den Übergang auf ein System von Investitionsrücklagen möglich. Damit könnte in Jahren exzessiver Gewinne Liquidität abgeschöpft und in Rezessionsphasen wieder zugeführt werden.
- Als zusätzliches Instrument der direkten Förderung ist die Schaffung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft notwendig. Damit könnte das bei innovatorisch orientierten Unternehmen oft fehlende Risikokapital teilweise aufgebracht werden. Der Ausbau des Entwicklungs- und Erneuerungsfonds im Jahre 1977 ist als erster Schritt in diese Richtung zu sehen. Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft ist gerade im Rahmen des notwendigen industriellen Reorganisationsprozesses ein unbedingt notwendiges Instrument. So ist etwa in Frankreich das IDI an der Reorganisation einiger Branchen maßgeblich beteiligt, und Aufgabe des NEB in Großbritannien ist nicht nur die Zusammenführung staatlicher Be-

teilungen, sondern auch die strukturelle Stärkung privat beherrschter Unternehmen und Branchen. Eine wesentliche Aufgabe dieser Kapitalbeteiligungsgesellschaft ist die Neugründung erfolgversprechender Unternehmen, die neue Produkte herstellen und für die es zuwenig privates Risikokapital gibt.

- Die ebenfalls als direkte Förderung zu bezeichnende öffentliche Auftragsvergabe müßte in Zukunft stärker koordiniert werden, um auch auf diese Weise den Einsatz fortschrittlicher Technologien zu fördern. Das wäre nicht nur zum Nutzen des Auftraggebers, sondern auch der betroffenen Unternehmen, da diese Politik einer Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit gleichkommt.
- Die Effizienz der Förderungspolitik kann nur durch eine öffentliche Bewertung der subventionierten Projekte festgestellt werden. In Form von Rechenschaftsberichten sollten diese nach verschiedenen Gesichtspunkten beurteilt und gereiht werden, wie etwa Zahl und Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze, Beitrag zur Wertschöpfung, Exportintensität der Produktion, Energieverbrauch usw. Auch wenn eine zahlenmäßige Reihung nicht immer leicht sein wird, sollte sie doch versucht werden. Denn die Diskussion über die Bewertungsmaßstäbe könnte ebenfalls beitragen, das zugrundeliegende industriepolitische Konzept von Zeit zu Zeit zu präzisieren.

Tabellenanhang

Tabelle 1

Wachstum der Industrieproduktion nach Branchen 1954—1974

	Prozent pro Jahr				
	1955/60	1960/65	1965/70	1970/74	1954/74
Bergbau und Magnesit	2,0	— 0,2	— 0,1	1,8	0,2
Erdöl	— 2,8	8,2	3,9	2,1	4,0
Eisenhütten	10,2	1,6	5,4	3,6	4,9
Metallhütten	7,6	0,2	7,2	6,3	5,0
Steine und Keramik	6,6	6,5	4,2	7,4	6,4
Glas	— 0,2	1,9	5,6	7,9	3,6
Chemie	9,1	9,1	10,0	9,1	9,7
Papierherzeugung	3,1	3,8	6,5	7,2	5,0
Papierverarbeitung	10,1	7,9	9,1	7,2	8,6
Holzverarbeitung	9,9	8,6	8,5	9,6	9,2
Nahrungs- und Genußmittel	5,8	3,5	5,0	3,3	4,4
Lederherzeugung	— 2,0	0,7	1,6	— 3,8	0,1
Lederverarbeitung	7,0	6,6	4,1	3,0	5,5
Textil	4,3	4,8	5,9	3,5	5,1
Bekleidung	7,3	8,6	1,6	5,0	6,0
Gießereien	2,2	0,3	4,5	0,1	2,0
Maschinen	5,5	5,1	7,8	6,6	6,4
Fahrzeuge	1,1	— 3,5	6,5	6,4	2,2
Eisen- und Metallwaren	4,9	3,7	6,5	8,6	5,8
Elektro	12,4	4,5	11,7	9,5	9,5
Industrie insgesamt	5,7	4,5	6,5	6,2	5,8

Quelle: Struktur und Entwicklung der österreichischen Industrie, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 1975.

Tabelle 2
Branchenstruktur der Industrie

	Anteil am Nettoproduktionswert zu Preisen 1964 in Prozent	
	1955	1974
Bergbau und Magnesit	5,96	2,39
Erdöl	4,84	3,12
Eisenhütten	6,51	5,70
Metallhütten	2,43	2,19
Steine und Keramik	5,32	5,78
Glas	1,73	1,29
Chemie	8,14	15,69
Papierherzeugung	4,19	3,88
Papierverarbeitung	1,10	1,79
Holzverarbeitung	2,70	4,68
Nahrungs- und Genußmittel	13,44	10,05
Lederherzeugung	0,61	0,20
Lederverarbeitung	1,42	1,26
Textil	9,29	7,71
Bekleidung	3,03	2,89
Gießereien	2,86	1,51
Maschinen	9,47	9,98
Fahrzeuge	5,34	3,18
Eisen- und Metallwaren	8,82	9,20
Elektro	3,79	7,59
Insgesamt	100,00	100,00

Quelle: Struktur und Entwicklung der österreichischen Industrie, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 1975.

Tabelle 3

Investitionen der Industrie nach Branchen in Millionen Schilling

	1950 bis 1954	1955 bis 1959	1960 bis 1964	1965 bis 1969	1970 bis 1975
Eisen und Stahl	2.820	4.540	5.300	4.341	16.369
Stein-, keramische und Glasindustrie	700	1.900	4.730	5.643	11.752
Erdölindustrie	90	2.730	4.660	3.399	9.201
Metallindustrie	410	330	590	946	2.111
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	1.290	2.320	4.050	3.866	10.187
Elektro	890	1.400	2.720	2.862	9.303
Fahrzeugindustrie	340	1.010	1.190	1.474	4.066
Eisen- und Metallwaren	590	1.520	2.430	3.492	8.634
Holzverarbeitende Industrie	440	630	1.030	1.912	6.223
Papierherzeugung und -verarbeitung	1.760	1.770	3.190	3.654	8.541
Chemische Industrie	1.650	3.150	5.110	7.894	17.412
Nahrungs- und Genußmittel	1.750	3.300	5.680	6.383	11.288
Textil	1.610	2.400	3.680	3.708	6.675
Bekleidung	170	290	830	1.211	2.414
Leder	200	350	530	721	1.173

Ohne Sägewerke und graphisches Gewerbe.

Quelle: eigene Berechnungen nach dem Wirtschafts- und Sozialstatistischen Handbuch der AK Wien.

Tabelle 4

Anteile der Industriezweige an den gesamten Industrieinvestitionen¹ in Prozent

Industriezweig	Durchschnitt			
	1964—1969		1969—1974	
	Österreich	EG (6)	Österreich	EG (6)
Bergbau ²	2,7	4,7	2,0	2,5
Erdöl	6,4		7,2	
Metallgrundindustrie ³	9,1	11,6	13,0	13,0
Stein-, keramische und Glasindustrie	10,7	6,4	9,3	6,2
Chemie	14,3	20,0	13,6	20,2
Metallverarbeitung ⁴	23,5	30,7	25,5	33,3
Elektro	5,7	6,4	6,7	7,0
Nahrungs- und Genußmittel	12,2	11,6	8,7	10,6
Textil	7,0	5,0	5,7	4,5
Leder und Bekleidung	3,5	1,9	3,2	1,6
Holzverarbeitung	3,6	2,4	5,0	2,7
Papier	7,0	5,5	6,8	4,9

1 Zu laufenden Preisen.

2 Inklusive Magnesitindustrie.

3 Eisenhütten und NE-Metallhütten.

4 Gießerei-, Maschinen-, Fahrzeug-, Eisen- und Metallwaren- und Elektroindustrie.

Quelle: eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Anteile der direkten Förderung (ERP, ÖIK, ÖKK) an den Investitionen der einzelnen Branchen in Prozent

	1950—1954			1955—1959			1960—1964			1965—1969			1970—1976		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Bergwerke, Eisenerzeugung, Gießerei, Metallindustrie	5,1	1,7	33	7,3	0,4	5	7,8	0,4	5	7,4	0,9	12	26,1	2,3	9
Elektroindustrie	1,0	0,1	10	1,3	—	—	2,9	0,1	3	3,1	0,2	6	11,2	0,9	8
Papierindustrie	1,8	0,9	50	1,8	0,2	11	3,2	0,1	3	3,5	0,7	20	10,4	1,4	13
Chemie	1,7	0,2	12	3,1	0,1	3	5,5	0,4	7	7,9	1,0	13	22,7	1,7	7
Textil, Bekleidung	1,9	0,5	26	2,7	0,2	7	4,5	0,2	4	5,2	0,5	10	10,7	0,9	8

A: Investitionen der Industrie in Milliarden Schilling.

B: Direkte Förderung in Milliarden Schilling.

C: Direkte Förderung in Prozent der Investitionen.

Quelle: eigene Berechnungen.

Tabelle 6

Der Anteil der direkten Förderung an den Industrieinvestitionen

	1	2	3	4	5
	Gesamt- bruttoanlage- investitionen zu laufenden Preisen in Mrd. S	Industrie- investitionen zu laufenden Preisen in Mrd. S	2 : 1 in Prozent	Direkte Förderung verbilligter Kredite KLK, ERP, Invest- Kommunalkredit in Mrd. S	4 : 2 in Prozent
1950		2,5		0,9	36,0
1951		3,1		1,6	51,6
1952		4,4		0,9	20,5
1953		3,5		0,4	11,4
1954	19,0	3,6	18,9	0,3	8,3
1955	23,9	4,4	18,4	0,4	9,1
1956	25,8	5,6	21,7	0,3	5,4
1957	29,8	6,8	22,8	0,2	2,9
1958	31,0	7,2	23,3	0,4	5,6
1959	34,3	7,6	22,2	0,2	2,6
1960	40,7	9,2	22,6	0,2	2,2
1961	47,3	10,5	22,2	0,4	3,8
1962	49,6	10,2	20,6	0,3	2,9
1963	53,9	9,9	18,4	0,5	5,1
1964	59,9	10,2	17,0	0,7	6,9
1965	67,6	11,2	16,6	0,8	7,1
1966	74,9	12,0	16,0	1,1	9,2
1967	78,2	11,5	14,7	1,0	8,7
1968	78,4	12,1	14,2	0,8	7,2
1969	82,6	13,4	16,2	1,6	11,9
1970	97,1	16,1	16,6	1,4	8,7
1971	115,9	21,2	18,3	1,6	7,5
1972	141,8	24,2	17,1	1,2	5,0
1973	148,7	22,4	15,1	1,2	5,4
1974	172,8	25,0	14,5	1,5	6,0
1975	174,8	21,5	12,1	2,2	10,4
1976	189,3	23,4	12,3	2,3	9,8

Quelle: Wirtschafts- und sozialstatistisches Handbuch der AK Wien, eigene Berechnungen.

Tabelle 7

Anteile der durch ERP- und Investkredite induzierten Investitionssumme an den Investitionen der einzelnen Branchen (1963—1976) in Prozent

	1963—1967*			1968—1972			1973—1976		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Bergwerke, Eisenerzeugung, Gießerei, Metallindustrie	6,8	1,1 (2,1)	16 (31)	12,5	4,3	34	16,5	9,1	55
Elektro	3,1	0,5	16	5,3	2,3	43	7,1	2,6	37
Papier	3,5	1,1	31	5,9	4,1	69	5,9	5,2	88
Chemie	7,0	2,4	34	11,1	3,4	31	14,0	8,8	63
Textil, Bekleidung	4,6	1,2	26	6,8	1,7	25	6,3	1,5	24

A: Investitionen der Industrie in Milliarden Schilling.

B: Durch ERP- und Investkredite induzierte Investitionen in Milliarden Schilling.

C: Anteil der induzierten Investitionen an den Brancheninvestitionen in Prozent.

* 1963 bis 1967 infolge der statistischen Aufbereitung des Materials der Investkredit (Anmerkung 9) ohne eisen- und metallherzeugende und verarbeitende Maschinenindustrie (in Klammer mit diesen Posten).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 8 Kreditlenkungs-kommission 1948—1962

	1948/49	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
Bergbau	9,5	23,8	51,5	39,8	9,6	9,5	10,0	7,0	—	6,0	—	—	—	—
Eisen u. Stahl	144,9	297,2	460,9	118,4	105,2	39,0	95,6	—	57,0	—	—	—	5,2	—
Bau, Steine, Erden, Keramik	—	10,0	27,0	5,6	9,0	—	7,2	2,2	7,7	5,0	3,6	18,7	—	—
Glas	3,0	9,0	17,7	18,2	—	—	3,7	4,6	—	—	—	1,0	—	—
Chemie	—	66,7	91,1	37,7	3,4	29,1	5,8	35,9	42,6	3,5	22,0	12,2	15,1	—
Papier	—	270,8	288,7	239,6	66,3	38,2	35,5	32,9	17,7	9,0	3,1	6,5	7,2	—
Holz	—	22,2	86,6	35,0	26,3	12,7	9,7	32,0	2,6	10,3	7,8	10,8	11,2	—
Nahrungs- und Genußmittel	—	10,4	1,5	1,2	—	1,0	—	4,3	—	1,0	4,0	6,5	8,6	—
Leder	—	1,0	4,5	—	—	1,2	—	1,5	—	8,1	—	5,2	—	—
Gießereien	—	—	8,6	3,0	—	—	—	1,5	2,0	—	—	1,0	—	—
NE-Metalle	2,7	26,3	99,2	—	14,8	—	—	71,3	1,6	16,7	—	8,2	—	—
Maschinen- u. Stahlbau	16,7	26,8	55,5	87,2	13,6	15,7	24,7	26,9	35,5	23,9	15,2	11,7	13,2	—
Fahrzeugbau	—	—	15,0	8,5	—	6,5	1,5	24,6	—	1,5	—	—	—	—
Eisen- u. Metallv.	—	8,2	58,9	34,6	15,9	18,0	37,2	35,0	1,5	41,0	23,4	19,6	34,4	—
Elektro	—	17,3	56,8	29,9	16,0	11,3	31,2	30,0	10,2	32,1	5,5	10,6	7,1	—
Textil, Bekleidung	—	111,1	128,3	53,5	51,0	55,1	50,0	18,1	39,9	35,2	7,5	3,0	19,3	—
Kohle	16,0	45,2	119,3	145,9	35,6	57,3	51,5	19,0	10,0	1,0	—	—	—	—
Summe	192,8	946,0	1571,1	858,1	366,5	294,6	363,6	346,8	228,4	194,3	92,1	115,0	121,3	—
Prozent	3,3	16,4	27,3	14,9	6,4	5,1	6,3	6,0	4,0	3,4	1,6	2,0	2,1	—

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grund der Akte der Kreditlenkungs-kommission.

Tabelle 9

Anteile der acht größten Branchen an der jährlichen Förderung der Kreditlenkungskommission (1948—1962) in Prozent

	1948/ 1949	1949/ 1950	1950/ 1951	1951/ 1952	1952/ 1953	1953/ 1954	1954/ 1955	1955/ 1956	1956/ 1957	1957/ 1958	1958/ 1959	1959/ 1960	1960/ 1961	1961/ 1962	Durch- schnitt
Eisen u. Stahl	75,2	31,4	29,3	13,8	28,7	13,7	26,3	—	25,0	—	—	—	4,3	—	17,7
Papier	—	28,6	18,4	27,9	18,1	13,4	9,8	9,5	7,7	4,6	3,4	5,7	5,9	—	10,9
Textil/ Bekleidung	—	11,7	8,1	6,2	13,9	19,4	13,8	5,2	17,5	18,1	8,1	2,6	15,9	—	10,0
Eisen- und Metallver.	—	0,9	3,7	4,0	4,3	6,3	10,2	10,1	0,7	21,1	25,4	17,0	28,4	—	9,4
Maschinen u. Stahl	8,7	2,8	3,5	10,2	3,7	5,5	6,8	7,8	15,5	12,3	16,5	10,2	10,9	—	8,2
Chemie	—	7,1	5,8	4,4	0,9	10,2	1,6	10,4	18,7	1,8	23,9	10,6	12,4	—	7,7
Kohle	8,3	4,8	7,6	17,0	9,7	20,1	14,2	5,5	4,4	0,5	—	—	—	—	6,6
Elektro	—	1,8	3,6	3,5	4,4	4,0	8,6	8,7	4,5	16,5	5,6	9,2	5,9	—	5,5
Summe	92,2	89,1	80,0	87,0	83,7	92,6	91,3	57,2	94,0	74,9	82,9	55,3	83,7	—	75,4

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 10
Förderung 1949—1952 (KLK)

Branche	Fördersumme	Anteil von Fördersumme an der Förderung 1949—1952
Eisen und Stahl	981,7	26,2
Papier	865,4	23,1
Kohle	346,0	9,2
Textil	343,9	9,2
	2537,0	67,7
Gesamt	3741,7	100,0

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 11
ERP-Großkredite Normalverfahren (Industrie)

	1975/76		1974/75		1973/74		1972/73		1971/72		1970/71		1969/70	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Eisen/Stahl	87,2	1242,9	113,0	644,3	68,0	452,8	36,5	219,2	76,5	704,2	65,0	344,0	66,0	272,6
Metall	103,0	597,5	217,0	1268,5	69,0	507,8	31,0	191,3	116,1	650,3	141,0	633,7	98,8	247,9
Elektro	61,1	368,0	82,8	494,0	52,0	284,3	6,0	29,4	84,1	470,3	55,0	391,8	38,6	115,8
NE-Metalle	12,0	41,3	67,0	308,3	6,0	40,0	14,5	98,9	39,4	578,3	8,6	39,2	—	—
Holz	3,5	15,8	1,2	6,1	36,1	98,9	1,5	10,7	20,8	126,3	23,5	200,8	14,3	32,9
Chemie	101,5	659,0	150,5	897,7	108,7	812,9	49,0	407,1	106,7	687,8	74,3	374,2	52,4	213,9
Textil	80,9	223,7	21,8	126,9	20,2	128,7	24,0	89,6	33,4	230,8	52,1	213,7	110,4	310,0
Papier	96,4	661,2	130,0	764,5	57,0	263,1	45,1	251,4	80,5	695,1	57,0	383,7	39,8	324,8
Bau/Steine/Erden	5,6	36,2	13,5	101,7	43,0	242,2	13,0	90,0	28,0	149,0	101,5	576,1	60,3	128,9
Glas/Keramik	11,0	58,0	28,5	163,9	1,0	3,5	3,5	28,2	15,0	77,1	1,5	5,0	20,0	40,7
Nahrungsmittel	58,5	283,0	37,8	186,2	17,0	80,5	1,0	6,0	12,0	83,8	11,0	105,1	17,5	41,9
Leder/Schuhe	—	—	2,5	11,0	—	—	—	—	1,0	3,9	6,0	22,2	6,5	14,5
Summe	620,7	4186,5	865,6	4973,1	505,0	2914,7	225,1	1421,8	613,5	4420,9	596,5	3289,5	524,6	1743,9

	1968/69		1967/68		1966/67		1965/66		1964/65		1963/64		1962/63	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Eisen/Stahl	55,0	173,0	44,0	147,0	22,0	87,8	50,0	284,3	87,5	276,4	27,3	76,8	16,0	31,0
Metall	84,7	221,7	52,8	135,7	72,2*	197,0*	42,9	130,6	81,3	204,3	124,7	341,7	58,0	182,9
Elektro	84,4	248,0	8,5	19,4	61,1	198,4	22,5	53,9	21,6	63,4	32,5	113,4	12,1	29,1
NE-Metalle	—	—	16,7	39,8	23,0	87,2	15,2	46,4	—	—	32,3	141,3	10,0	70,0
Holz	24,7	60,6	2,2	4,5	39,2	96,6	1,5	3,4	3,0	7,2	21,3	54,8	12,4	38,5
Chemie	87,6	268,5	139,0	446,7	59,1	241,6	42,1	124,5	22,1	86,4	21,1	49,7	32,2	104,1
Textil	70,9	223,8	42,1	103,7	56,3	149,7	41,0	166,3	62,5	172,0	50,1	133,6	18,3	43,6
Papier	46,5	188,7	36,1	137,8	38,3	117,5	43,4	151,9	19,5	75,9	54,0	159,0	18,5	57,1
Bau/Steine/Erden	56,0	210,8	84,0	293,2	44,3	114,1	22,0	106,5	63,4	176,7	22,2	50,3	12,1	24,6
Glas/Keramik	13,0	36,3	1,5	2,8	—	—	7,0	14,9	12,8	35,7	3,6	7,4	3,6	11,2
Nahrungsmittel	7,5	19,8	27,3	64,8	25,9	72,0	24,9	51,1	23,5	58,5	6,1	12,2	3,8	16,5
Leder/Schuhe	1,5	3,4	10,0	21,8	—	—	—	—	3,4	6,7	1,2	3,3	0,8	1,8
Summe	531,8	1654,2	464,2	1417,2	441,4	1361,9	312,5	1133,8	400,6	1163,2	396,4	1143,5	197,8	610,4

* 2 Projekte »Metallverarbeitung/Textil« wurden der Metallverarbeitung zugerechnet.

A: Kredite, B: Induziertes Investitionsvolumen.

Quelle: ERP-Geschäftsberichte.

Tabelle 12

**Anteil der größten acht Branchen an der jährlichen Förderung
des ERP-Fonds 1962—1975 in Prozent**

	1962/ 1963	1963/ 1964	1964/ 1965	1965/ 1966	1966/ 1967	1967/ 1968	1968/ 1969	1969/ 1970	1970/ 1971	1971/ 1972	1972/ 1973	1973/ 1974	1974/ 1975	1975/ 1976	Durch- schnitt
Metall	29,3	31,0	20,9	14,0	14,3	11,8	15,9	19,1	23,8	18,7	14,2	20,6	21,5	16,3	19,4
Chemie	14,8	5,3	5,7	13,0	13,0	28,4	15,8	10,4	12,2	17,2	20,9	17,1	13,5	17,0	14,6
Eisen/Stahl	6,7	6,4	20,3	14,1	4,6	8,8	9,7	11,7	10,2	12,0	14,9	11,1	12,0	12,7	11,1
Papier	8,2	13,1	4,6	12,6	12,8	7,5	8,2	7,1	9,3	12,8	18,5	8,4	11,6	11,7	10,5
Textil	10,0	10,1	15,1	12,3	8,6	8,9	13,3	20,3	9,1	5,7	10,8	5,3	5,8	10,8	10,4
Bau/Steine/ Erden	7,4	5,9	15,9	8,4	10,9	17,0	10,6	11,2	16,7	4,8	5,7	11,5	2,4	5,0	9,5
Elektro	5,5	8,0	5,3	7,5	13,2	2,0	15,2	7,1	8,7	13,3	3,4	12,4	9,1	14,1	8,9
NE-Metalle	4,2	7,5	—	4,3	4,9	3,3	—	—	1,3	6,2	5,9	0,9	16,2	1,5	4,0
Summe	86,1	87,3	87,8	86,2	82,3	87,7	88,7	86,9	91,3	90,7	95,3	87,3	92,1	89,1	88,4

Quelle: ERP-Geschäftsberichte, eigene Berechnungen.

Tabelle 13

ERP-Großkredite im Rahmen der Grenzlandförderung*

	1975/76		1974/75		1973/74	
	A	B	A	B	A	B
Eisen/Stahl	15,0	29,2	22,0	38,8	8,0	18,0
Metallverarbeitung	30,7	71,7	20,8	65,1	38,3	95,2
Elektro	54,4	121,2	17,5	52,0	32,5	74,3
NE-Metalle	—	—	115,0	358,0	—	—
Holz	13,0	44,7	1,4	4,1	9,2	20,6
Textil	8,1	19,5	41,3	109,8	13,8	41,4
Bau/Steine/Erden	36,2	109,5	11,0	28,7	33,5	111,3
Glas/Keramik	2,5	8,6	10,6	37,5	3,5	10,0
Chemie	37,9	98,3	—	—	6,5	20,5
Nahrungsmittel	2,8	10,2	—	—	11,4	28,2
Summe	200,6	512,9	238,6	694,0	156,7	418,5

* 1975/76 inklusive Kredite zur Schaffung von Einzelarbeitsplätzen in Kohlebergbau-gebieten, da diese im Geschäftsbericht 1975/76 nicht mehr getrennt ausgewiesen werden.

A: Kreditsumme.

B: In Gang gesetztes Investitionsvolumen.

Quelle: ERP-Geschäftsberichte.

Tabelle 14
Investkredite

Branche		1976	1975	1974	1973	1972	1971	1970	1969	1968	1967	1966	1965	1964	1963	1962	1961	1960	1959	1958
Bau, Steine, Erden, Glas	A	185,5	51,0	213,3	261,0	87,8	157,0	11,1	53,8	47,1	72,1	86,6	26,2	11,0	52,4	31,4	19,3	11,0	25,0	—
	B	565,1	153,0	154,4	1168,0	322,1	39,0	20,1	144,2	178,2	233,6	671,9	31,1	46,1	171,5	83,1	57,3	23,7	92,0	—
Bekleidung, Textil	A	96,0	10,0	6,5	44,0	19,9	63,0	15,2	45,2	15,9	35,5	7,9	33,7	97,1	14,7	15,0	17,0	34,0	5,9	30,7
	B	218,9	24,6	—	133,4	57,7	236,8	51,9	191,5	32,5	16,8	78,7	131,9	210,9	39,0	31,4	42,3	74,6	24,0	73,1
Chemie	A	576,1	45,0	117,0	143,0	10,0	113,0	29,2	215,3	10,5	95,0	134,6	105,4	25,0	4,5	50,0	34,5	31,8	25,0	20,0
	B	2067,6	171,0	580,3	317,8	35,3	540,5	81,5	692,4	25,9	208,5	752,4	655,6	175,0	9,0	115,1	85,9	21,5	38,2	57,5
Leder	A	—	0,7	—	—	9,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	—	0,7	—	—	20,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elektro	A	40,3	35,9	35,0	36,0	77,5	32,6	56,0	29,6	2,5	28,1	—	—	—	—	6,0	16,5	—	—	25,0
	B	116,5	148,2	121,0	66,0	434,3	90,5	374,9	56,7	4,7	39,0	—	—	—	—	19,2	34,3	—	—	75,0
Bergwerke	A	575,0	154,0	—	150,0	9,0	7,0	152,5	135,0	30,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	3895,1	620,0	—	480,0	19,6	34,8	110,5	410,4	213,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Holz	A	25,4	—	55,2	26,0	8,0	6,0	39,4	5,0	0,6	9,0	13,0	2,0	10,2	—	32,8	25,0	—	3,0	—
	B	111,2	—	111,4	93,7	22,3	12,5	100,3	9,5	—	15,1	44,3	2,0	20,0	—	94,5	71,1	—	13,5	—
Nahrungs- und Genußmittel	A	35,0	29,3	18,5	19,0	—	47,1	16,0	73,5	0,7	—	54,5	32,9	—	13,9	9,5	8,0	15,0	1,5	—
	B	132,0	190,7	48,6	52,8	—	123,8	42,0	186,7	3,0	54,5	139,8	117,2	—	38,9	22,0	17,8	35,6	4,7	—
Papier	A	—	518,5	55,3	34,0	82,8	37,7	199,3	338,4	54,8	7,9	138,9	12,5	11,7	2,0	28,3	40,1	—	12,0	167,8
	B	—	2361,6	198,6	67,1	185,3	576,0	515,5	920,0	180,6	12,1	355,5	132,0	22,8	22,0	74,7	142,0	—	28,4	490,1
Gießereien	A	15,0	—	—	—	3,0	—	2,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	39,0	—	—	—	16,0	—	7,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	A	72,0	3,0	60,0	2,3	11,0	160,4	57,9	—	4,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	250,4	10,0	222,3	4,8	48,9	282,0	259,6	—	8,1	33,7	228,7	75,5	44,8	70,4	106,7	32,1	11,0	—	—
Metallindustrie	A	44,0	—	40,0	30,0	162,0	23,0	37,0	15,0	27,5	85,5	418,3	188,7	108,0	168,6	196,4	76,3	24,4	—	—
	B	351,9	—	166,8	96,0	827,2	48,7	84,4	35,2	49,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisen- und Metallwaren	A	80,0	0,4	—	16,2	12,1	30,9	10,9	8,0	45,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	323,4	1,4	—	46,8	32,7	63,4	62,1	15,2	93,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	A	1226,8	847,8	600,8	761,5	492,7	677,7	627,0	918,8	239,2	281,3	664,2	288,2	199,8	157,9	279,7	192,5	102,8	72,4	243,5
	B	8071,1	3681,2	1603,4	2526,4	2021,6	2399,0	1710,6	2661,8	789,5	665,1	2460,9	1258,5	582,8	449,0	636,4	527,0	184,2	200,8	695,7

A: Kreditsumme.

B: Induzierte Investitionssumme.

Quelle: Jahresberichte der Österreichischen Investitionskredit AG.

Tabelle 15

Kommunalkredite nach Bundesländern (Darlehen in Millionen Schilling)

	Burgen- land	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salz- burg	Steier- mark	Tirol	Vorarl- berg	Wien	Gesamt
1976	16,8	35,5	45,8	60,0	1,5	52,5	12,0	—	15,0	239,1
1975	2,5	43,5	75,0	0,5	—	21,5	5,0	—	—	148,0
1974	18,4	12,4	58,0	46,7	8,0	—	—	—	2,0	145,3
1973	1,0	26,6	18,2	9,0	—	5,0	12,0	—	—	71,8
1972	6,4	38,5	30,0	19,0	—	36,5	6,0	—	—	136,4
1971	2,7	29,5	27,0	25,0	—	51,0	—	—	—	135,2
1970	27,5	22,8	17,5	12,7	—	63,5	—	—	4,0	148,0
1969	2,4	23,2	7,6	13,9	—	6,4	—	—	8,5	62,0
1968	4,3	17,6	15,1	3,5	—	—	—	—	40,0	40,0
1967	15,1	9,7	23,0	7,4	—	14,3	2,8	1,0	—	69,5
1966	3,1	11,1	22,5	2,7	—	12,5	—	—	—	48,8
1965	13,4	—	27,5	0,5	—	4,5	—	—	—	45,9
1964	8,3	6,7	7,8	8,1	1,0	8,4	—	—	3,0	43,3
1963	4,1	12,5	25,0	7,2	—	10,1	—	—	—	58,9
1962	10,8	—	11,5	0,6	—	3,5	—	—	2,4	28,8
1961	4,7	14,0	38,8	6,2	—	18,5	—	—	10,0	92,0
1960	20,5	4,3	10,6	0,4	—	2,0	—	—	3,4	45,7
1959	21,3	—	3,3	3,0	—	—	—	—	—	27,6

Quelle: Geschäftsberichte der Österreichischen Kommunalkredit AG.

Tabelle 16

Kommunalkredite nach Industriezweigen
 (Darlehenssumme in Millionen Schilling)

	Metall Elektro	Textil Beklei- dung	Chemie	Holz	Bau- stoffe	Leder	Nahrungs- u. Genuß- mittel	Summe
1976	70,3	48,5	76,5	—	—	11,5	5,5	212,3
1975	96,0	15,0	13,0	—	5,0	4,0	18,0	151,0
1974	77,7	8,7	8,2	31,7	8,0	—	—	134,3
1973	24,7	18,0	2,0	12,6	4,5	—	—	61,8
1972	52,0	25,0	8,0	6,0	20,0	13,0	6,0	130,0
1971	34,0	30,0	—	3,0	20,0	—	22,0	109,0
1970	50,0	17,0	8,0	5,0	—	16,0	10,0	106,0
1969	30,0	9,0	8,0	—	—	8,0	—	55,0
1968	8,0	15,0	9,0	2,0	—	4,0	—	38,0
1967	24,0	15,0	3,0	6,0	24,0	—	—	72,0
1966	22,0	11,0	—	5,0	—	5,0	—	43,0
1965	13,0	12,0	3,0	3,0	13,0	—	—	44,0
1959—1964	98,0	61,0	37,0	32,0	14,0	10,0	22,0	274,0
1959—1976	599,0	285,2	175,7	106,3	108,5	71,5	83,5	1429,7

Nicht enthalten sind die Rubriken »Sonstige Industrien«, »Allgemeine Aufschließungsprojekte für neue Industriezonen« und »Papierherzeugende, verarbeitende und graphische Industrie«.

Die Einzeldaten 1959—1964 enthalten allerdings diese Rubriken.

Quelle: Geschäftsberichte der Österreichischen Kommunalkredit AG.

Tabelle 17

Gesamtvergabe des FF-Fonds der gewerblichen Wirtschaft (1968—1976)
 (in Millionen Schilling)

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	Summe
Kosten der Forschungsprojekte (lt. Angabe der Förderungswerber)	105,7	152,3	203,3	324,2	396,7	453,2	514,2	691,4	779,5	3602,5
Beantragte Fördermittel	73,5	88,2	113,2	180,3	235,7	245,1	289,4	363,2	433,8	2031,4
Vergebene Fördermittel	23,5	48,7	67,1	106,4	142,8	163,6	196,7	235,6	256,4	1440,9

Quelle: Jahresberichte des Forschungsförderungsfonds.

Tabelle 18

Forschungsförderungsfonds: Gliederung nach Industriezweigen

	1976	1975	1974	1973	1972	1971	1970	1969	1968	Summe 1969—1976
Bergwerke und Eisenerzeugung	5,5	10,0	2,1	5,3	4,4	2,4	1,5	3,1	1,0	35,3
Steine und Keramik	0,8	4,4	1,8	1,8	2,4	1,7	0,7	1,1	—	14,7
Glas	—	1,7	2,3	1,9	5,0	—	—	—	—	10,9
Chemie	61,7	44,7	32,8	26,2	20,1	21,3	7,7	7,5	2,3	224,3
Papier	10,1	1,5	—	—	—	0,4	0,6	—	—	12,6
Holz	1,4	0,8	0,6	1,2	1,5	0,2	1,5	0,3	—	7,5
Nahrungs- u. Genußmittel	3,9	5,2	6,5	1,5	1,9	1,1	0,3	—	—	20,4
Leder	—	0,4	0,9	0,4	—	—	—	0,4	—	2,1
Gießereien	1,1	1,4	1,3	2,4	3,5	0,5	0,7	0,6	0,5	12,0
Metalle	6,3	5,2	11,5	9,2	7,7	5,2	2,9	0,5	0,4	48,9
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	34,9	42,6	37,1	36,6	23,1	15,0	14,7	4,8	3,2	212,0
Fahrzeuge	18,0	7,9	7,2	9,0	2,5	5,9	0,3	—	0,7	51,5
Eisen- u. Metallwaren	23,3	17,1	14,5	9,4	11,1	12,5	10,0	2,4	1,5	101,8
Elektro	28,6	30,4	22,8	13,1	16,0	8,8	4,9	2,7	0,7	128,0
Textil	2,6	1,4	1,1	0,6	—	2,8	0,4	—	—	9,1 { $\frac{8,9}{0,2}$
Bekleidung	—	—	0,2	—	—	—	—	—	—	
Baugewerbe	11,7	3,7	6,2	4,0	4,9	4,1	2,1	0,5	0,0	37,2
Summe	209,8	178,4	148,9	122,6	104,1	81,9	48,3	23,9	10,3	928,3

Quelle: Jahresberichte des Forschungsförderungsfonds.

Tabelle 19
EE-Fonds: Gliederung nach Industriezweigen

Branche	1976			1975			1974			1973			1972			1971			1970		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3
Nahrungs- und Genußmittel	—	—	—	7,5	33	22,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,5	23	36,0	4,0	40	10,0
Textil, Schuhe, Bekleidung	140,8	82	171,0	3,0	66	4,5	32,5	99	32,8	14,5	37	38,3	11,0	70	15,7	7,0	23	30,1	9,2	33	27,5
Holz	—	—	—	2,5	27	9,1	35,0	25	136,3	8,0	39	20,2	8,0	66	12,0	44,3	86	51,1	10,3	74	13,9
Chemie, Kunststoffe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,7	93	2,9	20,0	54	36,5	7,5	35	21,2	—	—	—
Stein, Keramik	16,6	43	38,4	15,0	63	23,5	35,5	26	132,0	1,0	50	2,0	27,0	33	81,0	4,8	100	4,8	—	—	—
Elektro	14,8	67	22,0	—	—	—	—	—	—	13,5	67	20,1	36,0	56	63,9	—	—	—	16,0	34	46,5
NE-Metalle und Gießereien	—	—	—	2,5	73	3,4	—	—	—	4,0	74	5,4	—	—	—	—	—	—	3,2	61	5,2
E. u. M. Feinmech.	13,1	59	22,2	206,7	52	391,0	12,3	64	19,2	8,3	88	9,4	16,0	72	22,0	53,0	75	69,9	11,0	58	18,7
Maschinenbau	22,0	61	36,3	9,5	21	44,7	1,0	50	2,0	38,5	43	88,7	16,8	57	29,4	6,5	35	18,3	19,0	39	47,8
Fahrzeugbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,5	61	8,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Papier, Pappe	486,3	33	1466,6	3,2	16	20,0	43,0	63	67,6	34,0	24	140,5	15,0	50	30,0	173,0	50	341,5	49,0	51	94,5
Leder	—	—	—	—	—	—	3,3	53	6,2	—	—	—	7,5	60	12,5	—	—	—	4,0	50	8,0
Summe	693,6	39	1756,5	249,9	48	518,9	162,6	41	396,1	130,0	38	336,4	157,3	51	303,0	304,6	53	572,9	125,7	46	272,1

1 = Verbürgte Kreditsumme in Millionen Schilling.

2 = Verbürgte Kreditsumme in Prozent des in Gang gesetzten Investitionspräliminares.

3 = Investitionspräliminare.

Quelle: Geschäftsberichte 1970—1976 des EE-Fonds.

ANMERKUNGEN

- 1 Ferdinand Lacina, *Steuerliche Investitionsförderung — Ausbau oder Umbau*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, 3/76.
- 2 Hans Seidel, *Wachstum und Strukturwandel der österreichischen Industrie*, in: »Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung«, 2/74.
- 3 Ebenda.
- 4 Gunther Tichy, *Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Aufschwung 1967 bis 1971*, in: »Monatsberichte«, 4/72.
- 5 Exportquote: Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz aller Betriebe eines Industriezweiges.
- 6 Außer den genannten wurden für diesen Teil noch folgende Arbeiten herangezogen:
 Gerhard Thury, *Branchenstruktur und Wachstum der Industrie*, in: »Monatsberichte«, 7/67.
 Helmut Kramer, *Die Investitionen der österreichischen Industrie*, in: »Monatsberichte«, 5/68.
 Robert Ehrlich, *Struktur und Strukturwandel in der verarbeitenden Industrie Österreichs*, in: »Monatsberichte«, 8/69.
 Theodor Prager, *Investitionsstruktur und Wirtschaftswachstum in Österreich seit 1950*, in: »Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft I«, 1969.
 (Die Arbeiten wurden auch im Teil D: Die Entwicklung der Industrieinvestitionen, verwendet.)
- 7 Die starke Investitionssteigerung der Stein-, keramischen und Glasindustrie in der ersten Periode beruht hauptsächlich auf der starken Ausweitung des Bauvolumens in den Jahren 1954 und 1955, auf die sofort mit steigenden Investitionen in der Baustoffindustrie reagiert wurde. Der gleiche Fall tritt nochmals am Beginn der sechziger Jahre auf. Daß die Investitionen dieser Branche auch danach auf einem hohen Niveau blieben, ist vor allem das Ergebnis einer regen Investitionstätigkeit in der Glasindustrie. Die starke Investitionstätigkeit in der ersten Hälfte der siebziger Jahre hängt wieder mit der guten Baukonjunktur zusammen.
- 8 Bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist die Heterogenität der Branche zu berücksichtigen; sie umfaßt etwa die Zucker-, die Brauerei- und die Tabakindustrie, deren Investitionsintensität weit über dem Durchschnitt der Branche liegt. Vgl. Helmut Kramer, a. a. O.
- 9 In der Periode 1948—1962 wurden nur Kredite über einer Million Schilling erfaßt. Die in den Jahresberichten des ERP-Fonds nach 1962 differieren von den hier genannten deswegen, weil hier die Bereiche Transport, Kfz-Werkstätten, Handel und Graphik nicht aufgenommen wurden.
- 10 Für die Analyse der Tätigkeit der Kreditlenkungskommission wurde herangezogen: *Österreichisches ERP-Handbuch*, Wien 1950.
- 11 Die Bewertung der metallverarbeitenden Industrie ist vor allem deswegen schwer, weil in ihr so heterogene Erzeugungen zusammengefaßt werden, die ganz unterschiedliche Investitionsintensitäten und -muster haben.
- 12 Bei der Ausarbeitung des statistischen Materials gab es einige Probleme. Nach der auch bei anderen Instituten notwendigen Bereinigung der Kredite um diejenigen, die nicht für industrielle Zwecke gewährt worden sind, gab es vor allem die Schwierigkeit, daß die in den Jahresberichten verwendeten Statistiken im Jahre 1967 auf die von der Österreichischen Nationalbank verwendete Gliederung umgestellt wurden. Dabei wurde insbesondere der zwischen 1958 und 1966 verwendete Posten »Eisen- und metallherstellende und -verarbeitende Maschinenindustrie« in eine Reihe »neuer« Branchen zerteilt: Eisen und Metallwaren, Bergwerke, Gießereien, Maschinen-, Stahl- und Eisenbau sowie Metallindustrie. Da überdies noch einige andere Industrien umgruppiert wurden, ist es möglich, daß zwischen 1965 und 1967 infolge von Zuordnungsproblemen kleinere Ungenauigkeiten entstanden sind.

13 Wilhelmine Sponer, *Bauwirtschaft und öffentliche Hand*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, 2/75.

14 Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, *Vorschläge zur Industriepolitik*, Wien 1970.

Nicht gesondert angeführt sind die jährlichen Geschäftsberichte von ERP-Fonds, Österreichische Investkredit AG, Österreichische Kommunalkredit AG, Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, Entwicklungs- und Erneuerungsfonds und Wasserwirtschaftsfonds.